

Bartenstein: Mitarbeiterbeteiligung soll "Butter aufs Brot" sein

Alpbach (OTS) - "Mitarbeiterbeteiligung soll keinesfalls Lohn- oder Gehaltzuwächse ersetzen, sondern die Butter auf dem Brot sein", sagte Wirtschaftsminister Martin Bartenstein am Donnerstag bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Vizekanzler Finanzminister Wilhelm Molterer. Dabei wurden die Eckpunkte der künftigen Modelle zur Forcierung der Mitarbeiterbeteiligung in Österreich vorgestellt. "Wir beobachten ein Auseinanderdriften der Kapital- und Lohneinkommen. Diesem Trend müssen wir entgegenwirken", sagt Bartenstein. Überzogene Lohnabschlüsse in Folge von steigender Produktivität seien auch bislang nicht die Antwort gewesen, da damit die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes leiden würde. Die Antwort müsse "mehr Mitarbeiterbeteiligung" heißen.

Derzeit sind in Österreich etwa sechs Prozent der Arbeitnehmer in Form von Kapitalbeteiligungen an ihren Unternehmen beteiligt. "Dabei handelt es sich tendenziell eher um Großunternehmen. Es gilt auch bei Klein- und Mittelbetrieben die Wege breiter machen, um auch die Gewinnbeteiligungen attraktiver zu machen", so Bartenstein. Dafür müsste also steuerliche Anreize in Richtung Gewinn- sowie Kapitalbeteiligung geschaffen werden.

Europaweit "könne Österreich damit auf gutem Wege sein". Wie vorläufige Ergebnisse einer Studie im Auftrag des Wirtschaftsministeriums zeigen, sind Modelle für Mitarbeiterbeteiligung in den EU-Staaten sehr unterschiedlich ausgestaltet. Aufgrund langer Tradition nehmen Frankreich und Großbritannien eine Vorreiterrolle ein. Dort sind 20-30 Prozent der Arbeitnehmer an ihren Unternehmen beteiligt. In den neuen EU-Mitgliedsstaaten wiederum hat sich Mitarbeiterbeteiligung erst im Zuge der Privatisierungsphase etabliert. Bei Gewinnbeteiligung überwiegt in EU-Staaten die unmittelbare Gewinnbeteiligung in Form von Bonussystemen, weit verbreitet - etwa in den Niederlanden oder Großbritannien - cash based profit sharing. In Frankreich sind Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitern verpflichtet, ihre Mitarbeiter am Gewinn zu beteiligen. Bei anteilsbasierten Gewinnbeteiligungsmodellen, sogenanntem "share-based profit sharing", wird aus einer Gewinnbeteiligung eine dauerhafte verbindliche Beteiligung aufgebaut.

Im Bereich der Kapitalbeteiligungen bestehen oft gesetzliche Regelungen als Voraussetzung. Dabei wird Unternehmen ermöglicht,

eigene Anteile zu erwerben, um diese an ihre Mitarbeiter weiter zu geben. In Deutschland, Frankreich oder auch in den Niederlanden ist das "Bauspar-System" wiederum sehr weit verbreitet. Dafür wurden vielfach Steueranreize geschaffen.

Zwtl.: Umfrage: Österreicher großes Interesse an Mitarbeiterbeteiligung

Gemeinsam haben Wirtschafts- und Finanzministerium bei GfK eine Umfrage zum Thema Mitarbeiterbeteiligung in Auftrag gegeben. Befragt wurden 1.410 unselbständig Beschäftigte. Bei der Frage nach den Vorteilen von Kapitalbeteiligungen gaben 60 Prozent an, dass damit mehr das Gefühl haben, für sich selbst zu arbeiten. "Damit steigt die Identifikation mit dem Unternehmen, das schließlich von der höheren Motivation seiner Mitarbeiter profitiert", so Bartenstein.

Zwei Drittel der Befragten zeigen Interesse am Erwerb von Anteilen am eigenen Unternehmen bzw. sind bereits Eigentümer solcher Anteile. Als mögliche Nachteile von Kapitalbeteiligungen werden von 48 % der Befragten "Risiko" genannt, 47% befürchten, dass Aktien oder Kapitalbeteiligung sind Ersatz für fixe Gehälter werden könnten.

"Unsere Botschaft dazu ist eindeutig. Es muss die Prämisse der Freiwilligkeit gelten. Damit wollen wir den Arbeitgebern für die Zeiten, in denen es nicht so gut läuft, die die Angst nehmen", hält Bartenstein fest. Gleichzeitig müsse man Arbeitnehmern die Sorge nehmen. Gewinnbeteiligung könne sicher nicht zu Lasten von Lohn- und Gehaltszuwächsen kommen.

Die Umfrage zeigt im Übrigen auch klar, dass die meisten Österreicher und Österreicherinnen -nämlich 70 Prozent der Befragten - eine sofortige Auszahlung de Gewinnanteils befürworten. Der Rest befürwortet unterdessen eine prämiengeförderte Pensionskasse. "Es wäre erfreulich, wenn uns hier der Link gelingt, die Altersversorgung zu fördern", erklärt Bartenstein.

Rückfragehinweis:

~

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Ministerbüro: Mag. Maria Mittermair-Weiss, Tel.: (01) 711 00-5108

Referat Presse: Mag. Alexandra Perl, Tel.: (01) 711 00-5518

mailto: presseabteilung@bmwa.gv.at

Internet: <http://www.bmwa.gv.at>

~

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0218 2007-08-30/14:18

301418 Aug 07

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070830_OTS0218